

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



Veranstaltung
„Islamkritik oder antimuslimischer
Rassismus?“

24. März 2009 in der IG BCE HV, Hannover

Eröffnung und Begrüßung

Giovanni Pollice

Leiter der Abteilung Migration/Integration
der IG Bergbau, Chemie, Energie

- es gilt das gesprochene Wort -

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**ich darf Sie und Euch ganz herzlich in den Räumen
der IG BCE Hauptverwaltung begrüßen.**

**Ich freue mich 2 LT Abgeordnete begrüßen zu
dürfen, Frau Sigrid Leuschner, von der SPD Fraktion
und Herrn Helge Limburg von der Grünen Fraktion.**

**Das zeigt die hohe Sensibilität, die die zwei Parteien
für solche Themen haben.**

Seien Sie herzlich Willkommen!

**Ich begrüße auch Vertreterinnen und Vertreter des
Niedersächsischen Innenministeriums ganz herzlich.**

**Anwesend sind auch Vertreter von DITIB, die ich
hiermit auch herzlich Willkommen heiße.**

**Ich freue mich auch, dass Kolleginnen und Kollegen
von der IGM und Ver.di zu uns gekommen sind.
Das unterstreicht den gemeinsamen Handel der
Gewerkschaften, sich für eine tolerante und
diskriminierungsfreie Gesellschaft einzusetzen.**

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**wir haben heute zwei sehr kompetente
Persönlichkeiten gewinnen können, die an der
anschließenden Podiumsdiskussion teilnehmen
werden.**

Ich begrüße an dieser Stelle sehr herzlich

Herrn Dr. Bertram Schmitz vom Institut für Theologie und Religionswissenschaft, Hannover.

Genauso herzlich begrüße ich Herrn Yusuf Ekiz vom DITIB Landesverband Niedersachsen/Bremen.

Ein sehr herzlicher Willkommensgruß geht auch an die Moderatorin der Podiumsdiskussion, Frau Cigdem Akyol.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die Überwindung von antiislamischen Einstellungen gehört gegenwärtig zu den wichtigen Aufgaben in Deutschland. Durch islamfeindliches Verhalten kommt es zu Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen.

Dadurch wird der Integration und dem friedlichen Zusammenleben geschadet.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Erfahrungen haben gezeigt, dass rassistischen Einstellungen mit nachhaltigen Konzepten und Projekten entgegengewirkt werden kann. Allerdings ist oft zu beobachten, dass sich rassistische Denkweisen dann auf andere Gruppen verlagern.**

So gab es Ende der 60er Jahre eine Ablehnung von Italienern, Mitte der 70er Jahre folgten »die

Ausländer«. Ende der 70er Jahre standen Türken und in den 80er Jahren »die Asylanten« im Vordergrund.

Inzwischen werden vor allem Muslime abgelehnt.

Islamfeindlichkeit ist die gegenwärtig am meisten verbreitete Form von Rassismus.

Islamfeindliche Einstellungen haben lange vor dem 11. September 2001 bestanden. Schon seit den 90er Jahren ist eine »Islamisierung« von vormals anders wahrgenommenen Konflikten zu beobachten.

Während Türken in den 80er Jahren noch als »Gastarbeiter« bezeichnet wurden, sind sie später immer stärker als »Muslime« angesehen worden.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

es ist durchaus denkbar, dass die Islamfeindlichkeit wieder zurücktritt und Ängste vor einer »gelben Gefahr« oder anderen Vorurteilen weicht. Die Ablehnung von Muslimen scheint allerdings so tief verankert zu sein, dass sie möglicherweise dauerhaft bestehen bleibt bzw. jederzeit »reaktiviert« werden kann.

Während in den Köpfen der Islam und die Muslime abgelehnt werden, bringt man muslimische Bekannte oder Freunde damit nicht in Verbindung, wenn mit ihnen weitgehend positive Erfahrungen gemacht werden.

Islamfeindliche Einstellungen führen zu unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen.

Hier trägt der Staat eine besondere Verantwortung, da ihm aufgrund verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Vorgaben eine Garantenfunktion für die Menschenrechte und damit auch für die Durchsetzung des menschenrechtlichen Diskriminierungsverbots zukommt.

Der Staat ist in Folge dessen gefordert, gegen Diskriminierungen aktiv vorzugehen und dazu beizutragen, dass deren gesellschaftliche Ursachen – Vorurteile und stereotype Wahrnehmungen – überwunden werden können.

Staat und Gesellschaft haben darüber hinaus darauf zu achten, dass das grundlegende Menschenrecht auf Religionsfreiheit in keiner Weise eingeschränkt wird.

Dazu gehört das Recht in eine Religion einzutreten, auszutreten, die Religion zu wechseln oder ohne Religion zu leben.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

der Staat kann und muss Rahmenbedingungen schaffen, die zu einem Abbau diskriminierender Einstellungen beitragen in Bezug auf alle markierten Gruppen (Frauen, Migrantinnen und Migranten, Behinderte, Obdachlose, Muslime).

Gerade in Bezug auf die Diskriminierung von Muslimen gibt es weder Konzepte noch Programme.

Projekte zum Abbau von Diskriminierungen und Ausgrenzungen könnten z. B. gemeinsam mit Muslimen auch im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz erarbeitet werden.

Es sind eigenständige Programme zu entwickeln, für die es in Deutschland bisher wenig Ansätze und Erfahrungen gibt. Noch immer gibt es Vorbehalte, die multikulturelle und multireligiöse gesellschaftliche Realität anzuerkennen.

Gleichzeitig gilt es, eine Integration der Thematik in die allgemeine Antidiskriminierungsarbeit zu erreichen.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

schon jetzt existieren positive Beispiele und Projekte, deren Förderung sinnvoll ist.

Beispielhaft ist die Arbeit von Islamforen, die vom Interkulturellen Rat gefördert und unterstützt wird.

Islamforen sind Begegnungs- und Gesprächsräume, die in enger Kooperation mit kommunalen Stellen sowie muslimischen und nichtmuslimischen Organisationen eingerichtet werden. Deren Ziel ist das gute Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen.

Die Arbeit von Islamforen zeigt, das kann ich als zweiter Vorsitzender des Interkulturellen Rates aus eigener Erfahrung sagen, dass die Integration von Muslimen erfolgreich sein kann. Sie widerlegt die immer wieder verbreitete Behauptung, dass die Integration von Muslimen nicht gelingt.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

das Ergebnis des Volksentscheids in der Schweiz bezüglich der Errichtung eines Minarets hat auch in Deutschland großes Aufsehen erregt.

Diese Entscheidung hat dafür gesorgt, dass sich Rechtsextremisten und Populisten aus ganz Europa gemeldet- und die einzelnen Länder aufgefordert haben ebenfalls Minarett-Verbote auszusprechen.

Das ist eine Einschränkung der Religionsfreiheit, die mit unserer Verfassung nicht vereinbar ist.

Zur Religionsfreiheit gehören auch Gotteshäuser.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Gruppierungen wie die NPD, pro Köln und pro NRW führen populistische Kampagnen durch um auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu profitieren.

Dabei machen sie sich ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen zunutze, die nicht nur bei

Menschen vorhanden sind, die Religionen generell kritisch gegenüberstehen, sondern übergreifend im liberalen und konservativen Lager sowie bei der politischen Linken.

Verbreitete Ängste um die kulturelle Identität der Gesellschaft und vor Terrorismus sowie Sorgen um die Bewahrung emanzipatorischer Errungenschaften und Freiheitsrechte tragen hierzu bei.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

solche Befürchtungen und konkrete Konflikte im Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen müssen offen angesprochen und diskutiert werden.

Dabei können unterschiedliche und kontroverse Positionen bezogen, begründet und vertreten werden.

Allerdings dürfen Menschen- und Freiheitsrechte, die in Jahrhunderten erkämpft wurden, nicht eingeschränkt oder zur Disposition gestellt werden.

Das gilt für das Recht auf Selbstbestimmung der Frau ebenso wie für das Recht, seine Religion im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit ungehindert leben und religiöse Bauwerke errichten zu können.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Rechtsextremismus und Rassismus sind in jeder Erscheinungsform eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Das konnten wir vor wenigen Tagen selbst hautnah erleben als eine Gruppe von 30 Neonazis, die Veranstaltung, die wir als IG BCE im Rahmen der Wochen gegen Rassismus in unserem Bildungszentrum Haltern am See durchführten, massiv gestört haben.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

diese Gruppierungen scheuen vor nichts zurück, deshalb sind wir aufgerufen uns zur Wehr zu setzen und Flagge zu zeigen.

Dazu hat heute auch der IG BCE Vorsitzende, Michael Vassiliadis aufgerufen. Er fordert alle IG BCE Mitglieder auf, sich an den friedlichen Protesten gegen diese „politische Brandstiftung“ zu beteiligen.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wer ein gedeihliches Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen will, muss auch ihre Sorgen ernst nehmen.

Die IG BCE,

greift diese Sorgen auf und möchte mit Veranstaltungen wie dieser, einen Beitrag leisten, zur Versachlichung der Diskussion und um Ängste und Vorurteile abzubauen.

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und
Rassismus braucht einen langen Atem. Dabei dürfen
wir uns nicht allein auf den Staat verlassen.**

**Wir sind aufgefordert, Netzwerke zu bilden und
dauerhafte Strukturen gegen rassistische Gewalt
aufzubauen.**

**Wenn wir in einer weltoffenen und toleranten
Gesellschaft leben wollen, müssen wir selbst aktiv
werden.**

Hierzu gibt es keine Alternative.

**Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**bevor ich Frau Akyol das Wort übergebe, habe ich
eine Bitte.**

**Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“, der
sich schon seit über zwanzig Jahren gegen
Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und
Rechtsextremismus einsetzt und für die
Gleichberechtigung von Migranten und Migrantinnen
eintritt, hält sich durch Spenden,
Fördermitgliedschaft und Sponsoren.**

**Als Vorsitzender des Vereins bitte ich Sie/Euch
deshalb, um eine kleine freiwillige Spende. Wir
lassen eine Spendenbox durch die Reihen gehen. Es**

ist auch möglich den Verein durch eine Fördermitgliedschaft zu unterstützen; Aufnahmeanträge sowie Infos über den Verein haben wir vorne ausgelegt. Ich darf mich jetzt schon für Ihre/Eure Unterstützung bedanken.

An dieser Stelle möchte ich mich beim Kollegen Dieter Weniger für die gute Zusammenarbeit beim organisieren dieser Tagung bedanken; er wird das Schlusswort halten.

Ich wünsche mir und Ihnen/Euch eine lebhaft Diskussion, bedanke mich für die Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an Frau Akyol.